

presseinformation

Rede des CDU-Landtagsabgeordneten,
Klaus Kaiser,

am 25. März 2004

„Schulzeitverkürzung durch Abitur nach 12 Jahren und Verminderung von Sitzenbleiben und Abschulen“

Anrede,

War es wirklich ein „schulpolitischer Quantensprung“, wie Herr Moron behauptet hat? Bringt es Nordrhein-Westfalen wirklich an die Spitze, wie es das Ministerium in einer Presseerklärung verkündigt hat? Oder sind es erneut die typischen sozialdemokratischen Wahlkampfeuphemismen, mit denen man das Umfragetief zu durchschreiten sucht?

Rot-grün befasst sich wieder einmal mit dem Thema Abitur nach 8 Jahren. Sogar mit großer Ankündigung durch den Ministerpräsidenten und einem eigenen Antrag. Zunächst freuen wir uns als CDU-Landtagsfraktion darüber, dass die rot-grüne Landesregierung jetzt endlich auch den Weg der Schulzeitverkürzung zum Abitur einschlägt. Spät, sehr spät, aber immerhin. Und dies hat Christa Cloppenburg in Ihrem Kommentar im WDR so ganz richtig beschrieben.

Bei genauem Hinsehen stellen wir fest: Nordrhein-Westfalen ist bundesweit nicht führend, im Gegenteil. Wir gehen hier als 13. von 16 Bundesländern durchs Ziel. In 12 anderen Ländern gibt es bereits das Abitur nach 12 Jahren, bzw. wird es eingeführt.

Das jahrelange Zögern und Zaudern von rot-grün hat uns ins Hintertreffen, eben in das hintere Drittel der ersten Liga gebracht, wenn man den Vergleich aus der Fußballsprache anwenden darf.

Auffällig ist:

Das Abitur nach 12 Jahren hat in ihrem Antrag eher Fußnotencharakter und lässt kaum auf ein zentrales Reformanliegen schließen.

Aber eine Warnung gilt:

Wenn diese Reform halbherzig betrieben wird, werden wir im bundesdeutschen Vergleich weiter ins Hintertreffen geraten. So wird in Baden-Württemberg bereits in der Klasse 5 am Gymnasium die zweite Fremdsprache eingeführt, weil Englisch in der Grundschule schon Standard ist. Hier befürchte ich Wettbewerbsnachteile für die jungen Menschen in NRW!

Um eines klar zu betonen:



Es gilt das gesprochene Wort!

Die CDU-Landtagsfraktion steht für das Abitur nach 12 Jahren Schulzeit. Wir wollen das G 8 – wie es in den anderen Bundesländern heißt - zum Erfolg führen. Wir müssen als Opposition dafür sorgen, dass die wichtigen Fragen geklärt und die Vorbereitungen gut getroffen werden, damit das Projekt gelingt.

Der genaue Blick auf den Antrag von Rot-Grün ist schon entlarvend. Zur inhaltlichen Begründung dieser einschneidenden Reform der Sekundarstufe II finde ich nur einen Satz, den ich hier vollständig zitieren möchte:

„Ein Blick auf unsere europäischen Nachbarn und die Ergebnisse internationaler Leistungsvergleiche machen deutlich, dass in Deutschland in allen Schulen mehr junge Menschen zu höheren und qualifizierteren Abschlüssen geführt werden müssen und (hier kommt dann die eigentliche Begründung, K.K.) andererseits die Ausbildungszeiten verkürzt werden müssen.“

Diese Begründung ist für ein Reformvorhaben dieser Größenordnung schon sehr dürftig, das Wort skandalös entspricht nicht dem von mir gebrauchtem Wortschatz. Mit keinem Satz werden die neuen Chancen beschrieben, die sich für die jungen Menschen ergeben. Mit keinem Satz wird die zusätzliche Lebenszeit angesprochen, die wir den einzelnen Jugendlichen zur Verfügung stellen. Mit keinem Satz wird erwähnt, dass wir nicht nur mehr sondern auch qualifiziertere Abiturienten brauchen, um international wettbewerbsfähig zu sein. Mit keinem Satz wird erwähnt, dass wir gerade am Gymnasium auch eine bessere Förderung brauchen, um bessere Qualität zu erreichen. Mit keinem Satz wird erwähnt, dass wir unseren Wirtschaftsstandort verbessern.

Und deshalb möchte ich einige Fragen und Probleme ansprechen, deren Lösung für eine erfolgreiche Reform unbedingt erforderlich ist.

Wir fordern konkrete Maßnahmen, um im Jahr 2013 einen Abiturienstau durch einen doppelten Abitursjahrgang zu vermeiden und Nachteile für die Betroffenen weitestgehend auszuschließen!

Wenn alles wie von der Landesregierung vorgesehen läuft, werden wir im Jahr 2013 einen doppelten Abiturjahrgang haben, nämlich einmal den auslaufende G9 und zum anderen den neuen G8-Jahrgang. Dies hat ganz konkrete Auswirkungen, die wir heute schon kennen und für die wir Lösungen aufzeigen müssen. 2013 werden wir die doppelte Zahl von Studienanfängern wie sonst haben. 2013 werden wir eine beträchtlich erhöhte Zahl von Lehrstellenbewerbern mit Abitur haben. Die dann entweder keine Chance haben oder aber Bewerberinnen und Bewerbern mit Sekundarstufen I Abschluss verdrängen werden. Das kann niemand wollen.

Die Situation wird sich verschärfen, weil in den Jahren 2012 und 2013 in Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Niedersachsen und Hessen durch die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren die gleiche Situation eintritt. Wir müssen hier eine Lösung finden. Der erste 12-Jahre-Abiturjahrgang darf nicht gezwungen werden, für das „Turbo-Abi“ durch den Zwang zu einer Warteschleife bestraft zu werden. Bayern und Niedersachsen beispielsweise versuchen dies dadurch zu vermeiden, dass dort bereits 2011 die ersten doppelten Abiturjahrgänge zur Hochschule gehen und dieser „Ansturm“ auf drei Jahre verteilt wird.

Ich gebe zu überlegen, ob wir nicht neben den sechsten auch den siebten Klassen im nächsten Jahr die Chance zur Umstellung geben sollten und dadurch den gleichen Verteilungseffekt über die Jahre 2011 bis 2013 erreichen. Die jungen Menschen haben Anspruch auf eine faire Lösung.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert zweitens die Weiterentwicklung der Durchlässigkeit der Systeme.

Denn hier sehe ich durch die Ankündigungen der Ministerin massive Verschlechterungen für die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler, die von der Haupt- und Realschule in die Oberstufe des Gymnasiums wechseln wollen. Denn ich bin ausdrücklich nicht Ihrer Meinung Frau Ministerin, dass der Übergang dieser jungen Menschen zum Gymnasium „eher die Ausnahme“ bleiben sollten, wie Sie dies in Ihrer Pressekonferenz am 9. März mitgeteilt haben. Wenn heute 13 % eines Altersjahrganges diesen Weg gehen, darf er ihnen künftig nicht verschlossen werden. Meines Erachtens darf dieser Anteil nicht kleiner, im Gegenteil, er muss größer werden.

Den Ansatz, durch ein optionales 11. Förderjahr im Prinzip die alte 13 jährige Ausbildung neben das neue 12 jährige Abitur zu stellen, halte ich für problematisch. Ich befürchte, dass wir so zu einem Abitur erster und zweiter Klasse kommen. Genauer ansehen sollten wir uns das Modell Sachsen, das ja bei PISA auch erheblich besser als NRW abgeschnitten hat. Dort ermöglicht das erfolgreiche Absolvieren der Klasse 10 den Übergang zur zweijährigen Oberstufe. Und dies gilt eben auch für leistungsstarke und – bereite Mittelschüler, die ja mit den hiesigen Haupt- und Realschülern vergleichbar sind. Frau Löhrmann, ich weiß, dass Ihnen dies ein besonderes Anliegen ist. Ich schlage vor, dass wir diese wichtige Gelenkstelle noch einmal genauer betrachten sollten. Vielleicht könnten ja besonders starke Schülerinnen und Schüler von Haupt- und Realschule zur Klasse 10 zum Gymnasium oder in die Oberstufe einer Gesamtschule wechseln, entweder nach der Klasse 9 oder aber nach der Klasse 10. Ich würde mich freuen, wenn wir dies vielleicht gemeinsam mit Expertise aus der Praxis angehen würden und so zu einer Lösung kommen könnten.

Die CDU-Fraktion unterstützt natürlich die Möglichkeit, auch weiterhin zur allgemeinen Hochschulreife am Berufskolleg zu gelangen. Hier sollte die Oberstufe auch weiterhin drei Jahre betragen. Diese Möglichkeiten müssen ausgebaut werden, wenn wir die Zahl der Abiturienten insgesamt erhöhen wollen. Und ich sehe bei diesen Bildungsgängen noch Reserven, da vielfach das Abitur am Berufskolleg noch nicht ausreichend bekannt ist. Vielleicht könnten wir durch eine gute Begrifflichkeit, z.B. Berufliche Gymnasien an den Berufskollegs, Werbung für diesen Weg beitragen.

Wir begrüßen drittens die geplante Erhöhung der Unterrichtsstundenzahl in allen Schulformen der Sekundarstufe I und fordern aber gleichzeitig, dass alle Unterrichtsstunden, die in der Stundentafel eines Schuljahres stehen, auch wirklich erteilt werden.

Die Ausweitung der Stundenanteile in der Sekundarstufe I in allen Schulformen tragen wir mit. Sie ist überfällig und bedeutet auch nur, dass NRW sich den anderen Ländern annähert. Wir werden mit den neuen Stundenvolumina lediglich aufholen und unseren Abstand verringern.

Die Behauptung in der Pressemeldung des Ministeriums „NRW rückt in die Spitze vor“ haken wir dann unter Wahlkampf ab. In Bayern werden im geplanten G 8 so viele Unterrichtsstunden erteilt, wie in NRW im heutigen G 9. Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass wir den größten Schritt tun würden, wenn die heute in der Stundentafel stehenden Unterrichtsstunden auch wirklich alle erteilt würden. Es wäre ein entscheidender Schritt nach vorne, wenn es gelänge, den strukturellen und akuten Unterrichtsausfall endlich wirksam anzugehen. Darüber werden wir uns dann sicherlich auch im Wahlkampf unterhalten.

Viertens fordern wir die Neuerrichtung von Ganztagschulen im Sekundarbereich I praktisch wieder zu ermöglichen!

Allein schon durch die Stundenausweitung im Sekundarbereich I werden wir an der Frage der Einrichtung von Ganztagschulen im Bereich der Sekundarstufe I nicht vorbeikommen. Dies gilt insbesondere, wenn wir – was ja in dem rot-grünen Antrag gefordert wird – zu einer wirklichen Verbesserung der Förderung der Leistungsschwächeren und sozial Benachteiligten kommen wollen. Dann darf es keine Standardablehnung für Anträge auf Errichtung von Ganztagschulen im Sekundarbereich I mehr geben. Und es kann auch nicht sein, dass Ganztagschulen das faktische Privileg einer einzigen Schulform bleibt! Darüber sollten wir uns alle klar sein! Und da ist Handlungsbedarf, wenn wir es mit der Förderung und Unterstützung ernst meinen.

Wir fordern weiterhin die Aufstellung eines Budgets, das zur Implementierung der Reform bereit gestellt wird.

Kein Reform kann kostenlos gemacht werden. Eine Reform kann nur gelingen, wenn alle an der Reform Beteiligten mitgenommen werden. Dazu müssen entsprechende Mittel bereit gestellt werden, zum Beispiel:

- für die Entwicklung der Lehr- und Unterrichtspläne,
- für die Administration auf den verschiedenen Ebenen, vor allem der Schulträger und deren Erfahrungsaustausch,
- für die Informationsarbeit für die Schüler und Eltern,
- für die Vorbereitung, Information und vor allem Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer, die diese Reform im Alltag umsetzen sollen.

Ganz wichtig:

Die CDU-Fraktion fordert eine Outputorientierung des Reformprozesses Abitur in 12 Jahren.

In ihrem Antrag machen Sie das genaue Gegenteil. Sie zählen wieder einzelne Stunden ab, in der Vergangenheit und Zukunft. Und dieses Abzählen verrät, dass wir nur zu Mindeststandards kommen mit den Minimalstunden weit hinter anderen, erfolgreicheren Ländern zurückbleiben. Aber gravierender ist – und hier setzte ich meine grundsätzliche Kritik an: Im Antrag und in der Presseankündigung benennt rot-grün nur inputorientierte Variablen. Unstrittig ist aber in der Fachdiskussion, dass wir nur durch eine Outputorientierung der Managementeinheit Schule zu mehr Qualität und damit besseren Ergebnissen kommen. Bei den Leistungsspitzen genauso wie beim Abbau von sozialen und kognitiven Benachteiligungen.

Ich fasse zusammen:

Die CDU-Landtagsfraktion steht für das Abitur nach 12 Jahren und die damit verbundene Schulzeitverkürzung.

Wir begrüßen, dass sich die Koalition in die richtige Richtung bewegt.

Und bedauern, dass sie dies aber noch nicht weit genug tut.

Wir fordern daher die Präzisierung des Konzeptes und die Klärung der offenen Fragen.

Mit einer Schweinlösung werden wir uns nicht einverstanden erklären.

Ich komme damit auf eine meiner Eingangsfragen zurück und erlaube mir folgenden Vergleich:

Wenn der von rot-grün vorgelegte Antrag ein „schulpolitischer Quantensprung“ ist, wie Herr Moron behauptet, dann schafft der Osterhase mit jedem Hüpfen eine Erdumkreisung.

Herzlichen Dank.